

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Studientages haben eine Resolution verfasst:

Resolution

Wir, die Mitglieder von:

Ökumenisches Netz Bayern e. V., pax christi München und Freising, salam shalom

Arbeitskreis Palästina-Israel e. V.,

sowie interessierte und engagierte Teilnehmende am gemeinsamen Studientag, dem 26. 09. 2015 zum Thema: „Dem Zusammenleben Zukunft geben. Wem gehört das Heilige Land?“ , abgehalten im Pfarrzentrum St. Joseph, 80798 München, unterstützen gemeinsam folgende Resolution:

Informiert durch die Fach-Referenten des Studientages und bewegt von der tagtäglichen Mühsal und Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung, über die betroffene palästinensische Frauen aus den durch Israel besetzten Gebieten berichtet haben, sowie gestützt auf die Pressemitteilungen von UNCTAD vom 02. September 2014,¹ sowie der UNCTAD-Pressemitteilung und vom 01. September 2015² geben unserer Empörung Ausdruck über die Missachtung der völkerrechtlichen Verpflichtungen Israels als Besatzungsmacht, die jeweils barbarische Kriegsführung mit Terrorluftangriffen auf Gaza, deren Opfer nicht Kombattanten, sondern in großer Mehrheit wehrlose Zivilisten, darunter allein 500 Kinder sind. Auch ein Jahr nach dem Ende der Kampfhandlungen hält Israel die Bevölkerung Gazas weiter in Geiselhaft unter den Bedingungen des schlimmsten Ghettos des 21. Jahrhunderts. Israels Propaganda hat statt Ghetto erfolgreich den irreführenden Begriff „Embar-go“ in der internationalen Sprachregelung verankern können. Diese hat Israel auch die unverfrorene, weil von der Völkergemeinschaft ungeahndete Missachtung internationaler Verpflichtungen und Auflagen erleichtert. Mitverantwortlich für die Rechtlosigkeit der palästinensischen Bevölkerung im „Heiligen Land“ ist deshalb neben der Völkergemeinschaft auch die Bundesrepublik Deutschland, die offensichtlich nicht Willens ist, gegenüber Israel die gleichen ethischen und völkerrechtlichen Standards gelten zu lassen und durchzusetzen, auf die die Vereinten Nationen gegründet sind. Im Gegenteil, die deutsche Bundeswehr soll noch von israelischem Militär Häuserkampf lernen.

Feststellungen zum völkerrechtswidrigen „Normalzustand“

Im UNCTAD Pressebericht vom 02. September 2014 wird der Mangel an Entscheidungsfreiheit der Palästinenser über den Handel und die natürlichen Ressourcen beklagt. Das im Rahmen der Oslo-Gespräche als Bereich –C genannte Gebiet umfasst 62% der Westbank und ist reich an natürlichen Ressourcen, ist aber völlig unter der Kontrolle Israels.

Damit wird die palästinensische Bevölkerung daran gehindert, ihre eigenen natürlichen Ressourcen zu nützen und auf ihrem eigenen Land Baumaßnahmen vorzunehmen.

Israels Regierung hat bestimmt: 39 % für -israelische, d.h. illegale- (eig. Anm.) Siedlungen und deren künftige Ausdehnung, 20 % für israelische, militärische Sperrgebiete (einschließlich „Schussfelder“= firing zones) und 13 % für Naturschutz. Somit verhindert Israel in 70% des Gebiets C effektiv jegliche Bautätigkeit und erlaubt für Palästinenser nur etwa 1% der Gesamtfläche als bebaubar.

„Laut Report hat Israels Politik unter Verletzung der internationalen Verpflichtung als Besatzungsmacht im Gebiet C mit der ununterbrochenen Bautätigkeit und der Ausdehnung illegaler Siedlungen das Land der Westbank in einen Archipel getrennter Inseln verwandelt. Weiter: Die Gewalttätigkeit der Siedler gegenüber Palästinensischen Zivilisten und deren Eigentum verlangt einen hohen Zoll von der Palästinensischen Bevölkerung. ... So wird z. B. allein für das Jahr 2013 davon berichtet, dass 10142 Fruchtbäume verbrannt, entwurzelt und vandalös zerstört wurden.“

¹ Press Release, Occupation of the Palestinian territory jeopardizes economic viability of two-state solution. UNCTAD report says. UNCTAD/ PRESS/PR/2014/035.

<http://unctad.org/en/pages/PressRelease.aspx?OriginalVersionID=204>

² UNCTAD PRESS/ PR/ 2015/2015, Press Release: Gaza could become uninhabitable in less than five years; [http:// unctad.org/en/ pages/PressRelease.aspx?OriginalVersionID=2260](http://unctad.org/en/pages/PressRelease.aspx?OriginalVersionID=2260)

Feststellungen zum letzten Gaza-Krieg

Hinsichtlich der Brutalität der israelischen Kriegsführung heißt es im UNCTAD Pressebericht vom 01. 09. 2015: „Gaza könnte in weniger als 5 Jahren in Folge des Konflikts von 2014 und der anhaltenden Rückentwicklung (engl. De-development) unbewohnbar werden.“

Der Bericht listet allein an Gebäudeschäden auf: „20 000 Haushalte, 148 Schulen, 15 Krankenhäuser und 45 Erste Hilfe Posten, 247 Arbeitsstätten, und 300 Zentren für den Handel. Dazu den ernststen Schaden am Elektrizitätswerk.“

Damit muss eine halbe Million Menschen zurechtkommen, die ihr Hab und Gut verloren haben.

Wir gehen davon aus, dass dies und im Detail noch genauer allen politisch Verantwortlichen – auch in unserem Land – bekannt ist. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, sich der Verantwortung zu stellen, die sie nicht nur gegenüber der jüdischen Bevölkerung Israels, sondern auch gegenüber den Opfern der Politik des Staates Israel hat. Spätere Generationen sollen sich nicht dafür schämen müssen, dass die deutsche Außenpolitik aus Staatsraison (wieder) das Lebensrecht eines ganzen Volkes geopfert hat.

Deshalb fordern wir:

- internationalen politischen Druck auf Israel, um die „hidden agenda“ von „Großisrael“ als „Judenstaat“ mit Nichtjuden als Parias aufzugeben.
 - die Anerkennung der Hamas als demokratisch legitimierte Größe und als Verhandlungspartner.
 - den vollständigen Rückzug aus den besetzten Gebieten.
 - das sofortige Ende des siebenjährigen Embargos gegenüber Gaza.
 - die Einstellung des Handels mit Kriegsgerät mit dem Staat Israel als Verursacher des zentralen Krisenherdes des gesamten Nahen Ostens.
- die Absage der geplanten Ausbildung von Elite-Soldaten der Bundeswehr in Tse-elim, dem Trainingslager Israels für Häuser- und Nahkampf.

Wir sehen Israel auch in der Pflicht, wenigstens die Kosten für die Kriegsschäden an Gebäuden unter dem Schutz der UNO, Schulen, Gottes - und Krankenhäusern, die unter dem Schutz der UNO standen, zu übernehmen.

Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Maßnahmen, wie z.B. die Forderung nach Deklaration der Produkte aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und werben dafür, diese nicht zu kaufen.

Wir wissen uns in unseren Forderungen eins mit Tausenden von jüdischen Israelis und Juden in der Diaspora, die entsetzt über die Politik des Staates Israel, ebenfalls den völligen Rückzug aus den besetzten Gebieten und die vollständige Aufhebung des Ghettos Gaza fordern.

Ohne das Grundrecht der palästinensischen Bevölkerung auf Widerstand (einschließlich militärischen) gegen die gewaltsame Besetzung und im Gefolge gegen die illegale Besetzung ihres Territoriums, sowie gegen die Errichtung des Ghettos Gaza in Frage stellen zu wollen, sind aussichtslose Provokationen der Besatzungsmacht wegen der schlimmen Folgen für die Zivilbevölkerung ethisch nicht zu verantworten und deshalb zu verurteilen.

Wir schließen uns der Erklärung des Exekutivdirektors Anthony Lake von UNICEF vom 30. Juli 2014 hinsichtlich des Gaza-Konfliktes an, in der dieser unter der Überschrift: „UNICEF hinsichtlich Gaza/ Israel: Greuelthaten sind eine Alltäglichkeit geworden“ sich um die heranwachsenden Generationen beider Völker Sorgen macht. Er schreibt: „Welche Hoffnung gibt es für die Kinder – und ihre jeweilige Gesellschaft – wenn die Eltern ihrer Verantwortung sie zu beschützen nicht mehr gerecht werden? Was werden diese Kinder lernen wie man sich als Erwachsener zu benehmen hat?“

Unter dem Motto des Studientags "Dem Zusammenleben Zukunft geben" können wir uns als Perspektive auch einen demokratischen Staat mit gleichen Rechten für alle Bürgerinnen und Bürger vorstellen.

Für die Teilnehmenden des Studientags

i.A. Dr. Othmar Noggler OFM Cap, München, den 26. September 2015